

Kosovo (oder Kosova in der albanischen Schreibweise) ist ein Gebiet im Süden des ehemaligen Jugoslawien, an der Grenze zu Albanien und Mazedonien. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung hier ist albanischer Abstammung und spricht die albanische Sprache. Während das Gebiet in der jugoslawischen Verfassung von 1974 Autonomie-rechte zugesprochen erhielt, lebt die Bevölkerung heute unter Belagerungszustand. Anfang der 80er Jahre begann die Bevölkerung für mehr Eigenständigkeit zu kämpfen, aber 1989 wurden ihr selbst die vorhandenen Autonomierechte entzogen. Kosova gleicht heute Nordirland: Bewaffnete Polizeikontrollen, eine schreckliche soziale Lage und eine Unzahl von Menschenrechtsverletzungen prägen den Alltag der albanischen Bevölkerung Kosovos.

Roland Brunner, Pristina

Unter dem Vorwand, die Kosovo-AlbanerInnen stellen «die Integrität des Landes» in Frage, sie seien «Marxisten-Leninisten» oder «moslemische Fundamentalisten», hat das serbische Regime eine direkte Polizeiherrschaft in Kosova errichtet. Mit Hunger, Armut und politischer Repression soll die albanische Bevölkerung zur Emigration gezwungen werden – eine weniger kriegerische Form der «ethnischen Säuberung», wie wir sie von Bosnien kennen.

Unabhängigkeitsbestrebungen und albanischer Nationalismus

Die albanische Bevölkerung schuf sich ihre politischen Strukturen. Vor allem die Demokratische Liga Kosova (LDK) konstituierte sich zur nationalen Befreiungsbewegung und wurde zur Vorkämpferin der Unabhängigkeit. Kosova boykottierte die Wahlen in Serbien und entzog der serbischen Regierung jegliche Legitimation, in Kosova eine Regierungsgewalt auszuüben. Bei Parallelwahlen wählte die albanische Bevölkerung den Schriftsteller Ibrahim Rugova zu ihrem Präsidenten. Die Verbindungen zum albanischen Mutterland wurden verstärkt und immer häufiger tauchte die Perspektive einer Vereinigung Kosovos mit Albanien auf.

In ihrem Programm verpflichtet sich die LDK dem gewaltfreien Widerstand. *Edita Tahiri*, Mitglied im Präsidium der Partei, will an dieser Verpflichtung festhalten. Die LDK bezeichnet sie im Moment als stabilisierenden Faktor im Balkan. Für den Kongress der LDK, der für nächsten Monat geplant ist, will die LDK ihren pragmatischen Kurs weiterführen. Vor allem die Arbeit im Gesundheitswesen und die internationalen Bemühungen sollen verstärkt werden. Unabhängigkeit versteht sie als Prozess, der lange dauert und an dessen Institutionalisierung die LDK arbeiten will. Ziel müsse es bleiben, Konflikte zu vermeiden. Die Solidarisierung der albanischen Bevölkerung gegen die Verarmung und der Unterstützungswille der AlbanerInnen im Ausland müssten verstärkt werden.

Tahiri sieht das Projekt des gewaltfreien Widerstandes gefährdet, wenn Kosova keine Unterstützung aus dem Westen erhält: «Wenn der friedliche Weg verhindert ist, wird die nächste Generation andere Wege suchen.» Im Falle eines Krieges in dieser Region des Balkans stünden den Kosova-AlbanerInnen auch die AlbanerInnen in Albanien, Mazedonien und in Montenegro zur Seite. In den Sektionen der LDK seien in letzter Zeit aber viele neue, junge Leute aktiv geworden. Daher müsse auch das Präsidium entsprechend erneuert werden. Viele der alten Präsidiumsmitglieder kämen noch aus der Zeit des Kommunismus. Es sei Zeit, dass sie von jungen Leuten mit neuen Erfahrungen und neuem Elan ersetzt würden.

Aktive Rolle der Frauen

Das Frauenforum der LDK organisiert 80'000 Mitglieder, davon 5000 Aktivistinnen und 300 im Präsidium. Das Frauenforum untersteht der Parteidisziplin, versteht sich aber laut ihrer Vizepräsidentin *Naxhije Bucina* als «Organisation zur nationalen Verteidigung Kosovos und zur Emanzipation der

Frau». Das Frauenforum engagiert sich in den Bereichen Situation der Frauen, Kinder, Erziehung und Gesundheit. Die Aktivistinnen besuchen Familien und leisten humanitäre Hilfe, organisieren Privatschulen, medizinische Hilfe bei Schwangerschaft und Geburt, leisten Beistand an Familien mit inhaftierten Angehörigen und organisieren öffentliche Veranstaltungen.

Das Frauenforum bezeichnet sich selbst als Frauenorganisation, nicht aber als feministisch. Die Frauen gehen von der starken Frauenrolle in der albanischen Familie aus, die sie in die Politik weiterschreiben wollen. Sie engagieren sich gegen die islamisch-fundamentalistische Propaganda aus der Türkei und dem Iran, die die Frauen in Schleier hüllen und aus der Öffentlichkeit vertreiben will. Ausgegangen wird dabei von einem westlichen Emanzipationsverständnis: Ausbildung, wirtschaftliche und soziale Eigenständigkeit und Unabhängigkeit heissen die Parolen.

Frauen in der albanischen Familie sind Familienoberhaupt. Bucina sagt klar, dass sie diese Rolle der Frau auch in der Gesellschaft einfordert: «Ein Staat, in dem die Frauen emanzipiert sind, ist ein emanzipierter Staat.»

Serbische Besatzungspolitik

Die serbische Politik reagierte auf die albanischen Autonomiebestrebungen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln. Eine ideologische Kampagne gegen die «albanischen Separatisten und Terroristen» wurde gestartet, Milosevics Jünger *Zeljko Arkan*, international bekannter und gesuchter Verbrecher, begann mit dem Aufbau paramilitärischer Einheiten und hielt für Kosova Einzug ins serbische Parlament – gewählt von den Serben, die sich an den Wahlen beteiligten – und Kosova wurde de facto unter Militärrherrschaft gestellt.

Heute sind Verhaftungen, Polizeiprügeln und auch Morde ebenso Alltag hier wie die Tatsache, dass alle Institutionen wie Gesundheitswesen und Schule ethnisch gesäubert wurden und die albanische Bevölkerungsmehrheit in kaum mehr menschlichen Verhältnissen lebt. War Kosova schon im ehemaligen Jugoslawien die ärmste Region, so ist sie heute kaum beschreibbar. Eine Ärztin, die ich hier traf, erhielt gerade ihren letzten Lohn für 14 Tage: umgerechnet im Moment der Auszahlung fünf Deutsche Mark. Schon am nächsten Tag war es noch die Hälfte.

Selbst der Sport wurde «ethnisch gesäubert»: Seit drei Jahren wurden AlbanerInnen systematisch aus gemischten Teams geworfen und den neu gegründeten albanischen Teams wird jegliche Unterstützung versagt. Hallen und andere Infrastruktur steht ihnen nicht zur Verfügung und oft genug kommt es vor, dass die Polizei Fußball-, Hand- oder Basketballspiele albanischer Mannschaften unterbricht, indem sie auf Spielfeld stürmt und SpielerInnen verprügelt und verhaftet. Die AlbanerInnen spielen weiter. Sie verstehen Sport als Teil des nationalen Widerstandes gegen die serbische Besatzungsmacht.

Truppeneinheiten der Jugoslawischen Volksarmee JNA, die sich aus Mazedonien und anderen Republiken zurückzogen, sind heute in Kosova stationiert. Zusätzlich sorgen die bewaffnet auf den Strassen patroulierenden paramilitärischen Einheiten für ein Klima der Angst und des Terrors. Bisher hat zudem die serbische Regierung interna-

Gewaltfreier Widerstand im Kosova

Serbische Besatzung gegen albanische Selbstbestimmung

tionalen Organisationen die Stationierung von MenschenrechtsbeobachterInnen untersagt und auch kurzzeitige Delegationen müssen mit einer Vielzahl von Schikanen rechnen.

Tägliche Repression gegen AlbanerInnen

Die serbische Politik hat praktisch ein Apartheidregime in Kosova errichtet. Albanische LehrerInnen und ÄrztInnen wurden aus dem Dienst entlassen, albanische Zeitungen, Zeitschriften, Radio und Fernsehen verboten oder durch bürokratische Barrieren verunmöglicht, hunderte von AlbanerInnen ins Gefängnis geworfen und täglich werden neue Menschenrechtsverletzungen gemeldet.

In einem Bericht vermeldet Amnesty International, jeden Tag würden bei «Routinekontrollen» AlbanerInnen verhaftet und geprügelt, systematisch werden ohne Durchsuchungsbefehl Hausdurchsuchungen durchgeführt, «um Waffen zu suchen». Vor allem politische und Menschenrechts-AktivistInnen wurden zum Ziel der Polizeischikanen. Am 7. Juli 1993 beispielsweise wurde das Büro des Menschenrechtsrates in Pristina ohne irgendwelche rechtliche Grundlage durchsucht. Dokumente wurden entwendet und *Sami Kurteshi*, ein Aktivist der Gruppe, wurde auf den Polizeiposten verschleppt, wo er misshandelt und ihm gedroht wurde: «Jetzt hast du richtige Bilder und musst nicht mehr Bilder von Misshandlungen anderer sammeln. Bald wirst du noch bessere Bilder haben, denn hier wird es schlimmer sein als in Bosnien.» Eine Chance, solche Fälle vor Gericht zu bringen, hat der im Dezember 1989 gegründete Menschenrechtsrat keine: Die Klagen werden von den Gerichten schlicht weder beachtet noch beantwortet.

Eine parallele Gesellschaft

Die albanische Bevölkerung entzieht sich diesem Druck so weit es geht durch den Aufbau paralleler gesellschaftlicher Strukturen. Nachdem Albanisch als Sprache aus den Schulen verbannt und die LehrerInnen entlassen wurden, begann das albanische Unterrichtswesen, Schulen in privaten Häusern zu führen. Als die ÄrztInnen entlassen wurden und es zu immer mehr Übergriffen gegen albanische PatientInnen kam, gründete das albanische Gesundheitswesen eigene private Kliniken. Diese Parallelstrukturen sind aber weiterhin der Repression ausgesetzt und leiden vor allem an der prekären Versorgungslage mit Medikamenten, Schulbüchern usw.

Aphrodita Surroi ist Deutsch-Professorin in Pristina. Sie unterrichtet 120 StudentInnen in deutscher Literatur. Für einen monatlichen Lohn von 100 DM – ohne jegliche Sozialversicherung – hält sie ihre Unterrichtsstunden in ungeheizten Wohnungen. Die Fotokopien für die StudentInnen bezahlt sie aus dem eigenen Gehalt. Da sie für 14 Monate bei der Schweizer Bundesanwaltschaft als Übersetzerin für AsylbewerberInnen arbeitete, kann sie sich dies noch leisten. Bücher für die StudentInnen gibt es kaum. Die Studienabschlüsse der albanischen StudentInnen werden zudem kaum je anerkannt. Hier könnten Universitäten in der BRD, in der Schweiz oder in Österreich direkte, unbürokratische Hilfe leisten...

Lethargischer Befreiungskampf

Shkelzen Maliqi, Herausgeber einer Zeitschrift für Soziologie und Philosophie «Thema», erwähnte in einem Interview in der oppositionellen Belgrader Zeitung «Borba» die Idee, eine Liste für die Unabhängigkeit Kosovos aus Intellektuellen und unabhängigen BürgerInnen aufzustellen. Obwohl von 22 Persönlichkeiten nur als Idee lanciert, wurde dieser Vorschlag sofort vom der LDK nahestehenden Kosova-Informationsdienst als Verrat an der Sache Kosovos angegriffen.

Auch Demaci unterstützte den Aufruf und kritisiert die LDK: «Wir müssen unsere Leute im serbischen Parlament haben, um dort unsere Rechte einzufordern.» Die aktuelle Politik der LDK bezeichnet er als steril und ohne Initiative: «Wir haben einen Staat, eine Regierung und einen Präsidenten proklamiert. Die LDK lebt in der Illusion, dass all das auch wirklich existiert.» Viele Präsidiumsmitglieder der LDK seien zuvor als stramme KommunistInnen in der Regierungspartei aktiv gewesen. Die LDK habe Eigeninteressen entwickelt, ihre Führung sei vor allem an den eigenen Posten interessiert. Die Bürokratisierung der Partei habe diese in Lethargie geführt.

Demaci setzt dagegen auf eine Radikalisierung des Widerstandes: Zwischen Faulenzen und Krieg gebe es viele mögliche Formen politischen Widerstandes, die aber Arbeit und Engagement erforderten. Mit Massenprotesten müssten Radio und Fernsehen befreit werden, die Kontakte mit der serbischen Opposition müssten ausgebaut werden usw. «Das serbische Regime ist heute schwach, aber wir sind noch schwächer. Wir müssen die Dinge bewegen, wenn wir etwas verändern wollen.» Demaci ist sich der Gefahren dieser Politik bewusst. Er will aber lieber dieses Risiko eingehen, als weiterhin in Lethargie in der Illusion eines freien Staates Kosovos leben.

Die LDK weist diese Kritik strikt zurück: Das serbische Regime warte nur auf solche Provokationen, um mit aller Härte gegen Kosova zuzuschlagen. Wer einen anderen Weg einschlagen wolle, so Tahiri, könne eine neue Partei gründen und versuchen, Unterstützung zu finden. Die Kritik an der Politik der LDK komme meist von Individuen, die vielleicht gute Ideen hätten, aber über keine Möglichkeiten verfügten, diese unter den Bedingungen in Kosova auch umzusetzen. Verbalradikalismus helfe den AlbanerInnen in Kosova nicht weiter.

Internationale Lösung gesucht

Maliqi sieht eine Lösung der Kosova-Frage nur im internationalen Rahmen. Eine internationale Konferenz müsse über den Status Kosovos beraten und den Rahmen für den Prozess der Dekolonialisierung abstecken. Im Balkan sei ein Prozess der Bildung neuer ethnischer Staaten im Laufen. Auch Kosova müsse das Recht auf einen eigenen Staat zugestanden werden. Die Zukunft des Balkans sieht Maliqi in einem Gleichgewicht der verschiedenen Nationen und Staaten: Bulgarien, Griechenland, Serbien, Mazedonien und Albanien müssten ihre jeweiligen Interessen untereinander klären. Bisher sträuben sich aber vor allem die neuen Länder Ex-Jugoslawiens gegen eine Kosova-Konferenz: Mazedonien, Kroatien und Serbien wissen, dass die Anerkennung des Territorialprinzips eigene Interessen und Machtansprüche tangieren würde.